Nr. 607 / A 307 Morgen-Ausgabe

Vossische Zeitung

Berlin

Donnerstag, 24. Dezember 1925 / V

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

„Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau"

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3638. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund

Die Fristen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Genf**, 23. Dezember

Im 10. Artikel des in Locarno abgeschlossenen Sicherheitspaktes heißt es, daß der gegenwärtige Vertrag in Kraft treten soll, „sobald alle Ratifikationsurkunden (im Archiv des Völkerbundes) hinterlegt sind und Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist." Nicht ohne Absicht haben die Mitglieder des Völkerbundrates am 14. Dezember die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Locarno-Verträge mit einer für den Völkerbundrat ganz ungewöhnlichen Feierlichkeit umgeben. Sie haben ersichtlich vor aller Welt feststellen wollen, daß seitens aller außerdeutschen Teilnehmer an den Locarno-Verträgen nunmehr alles geschehen ist, um ihre im Schlußprotokoll der Locarno-Konferenz niedergelegte Ueberzeugung zu bekräftigen, daß „die Inkraftsetzung dieser Verträge und Abkommen in hohem Maße dazu beitragen wird, eine moralische Entspannung zwischen den Nationen herbeizuführen, daß sie die Lösung vieler politischen und wirtschaftlichen Probleme gemäß den Interessen und Empfindungen der Völker stark erleichtern wird, und daß sie so, indem sie Frieden und Sicherheit in Europa festigt, das geeignete Mittel sein wird, in wirksamer Weise die in Artikel 8 des Völkerbundpaktes vorgesehene Abrüstung zu beschleunigen."

Sondertagung im März

Vor der ganzen Welt sollte mit jener Zeremonie Dargestellt werden, daß nun nichts mehr als die zweite Bedingung des Artikels 10 zu erfüllen bleibt, nämlich daß „Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist," um endlich jene von der deutschen Regierung ständig geforderte Entspannung und die allgemeine Abrüstung herbeizuführen. Seit Locarno rechnete man nicht nur im Völkerbunde, sondern auch innerhalb der deutschen Regierung damit, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund im Laufe einer besonderen Tagung der Völkerbundversammlung erfolgen sollte, die man ursprünglich schon für Januar oder Februar und dann für Anfang März in Verbindung mit der ordentlichen Frühjahrstagung des Völkerbundrates in Aussicht genommen hatte.

Ordentliche irreguläre Versammlung

Von dieser besonderen Tagung der Völkerbundversammlung als von einer „außerordentlichen Versammlung" zu sprechen, ist übrigens nicht angebracht, denn es würde sich, falls der Rat die Abhaltung der Versammlung beschließt, um eine ordentliche Versammlung des Völkerbundes handeln. Die Geschäftsordnung der Völkerbundversammlung kennt entsprechend dem Artikel 3 des Paktes drei Arten von Versammlungen des Völkerbundes: 1. die regelmäßige jährliche Versammlung, die jeweils am ersten Montag im September beginnt, 2. jede Versammlung, die von einer vorhergehenden Völkerbundversammlung oder vom Rate anberaumt wird, und 3. die Möglichkeit einer außerordentlichen Versammlung, die auf Antrag irgend eines Völkerbundmitgliedes binnen Monatsfrist von einer Mehrheit der Völkerbundmitglieder beschlossen wird. Nur in diesem dritten Falle also handelt es sich satzungsgemäß um eine „außerordentliche Versammlung". Da anzunehmen ist, daß der Völkerbundrat die Einberufung der Versammlung zur Aufnahme Deutschlands beschließen würde, und daß man nicht dem umständlichen Weg einer Abstimmung unter sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundes einzuschlagen beabsichtigt hat, so würde die Aufnahme Deutschlands demgemäß in der regulären 7. Versammlung des Völkerbundes erfolgen, die nur ausnahmsweise — es wäre das erstemal — nicht im September, sondern im März stattfände. Die Septembertagung würde dann bereits die 8. Völkerbundversammlung darstellen.

Antrag spätestens Februar

Die in der Geschäftsordnung des Rates und der Versammlung des Völkerbundes zur Einberufung dieser Körperschaften vorgesehenen Fristen spielen keine Rolle, da sie im Falle der Notwendigkeit jederzeit verkürzt werden können. Immerhin sind natürlich gewisse materielle Vorbedingungen für die Einberufung solcher Tagungen, und besonders der Völkerbundversammlung, nicht außer acht zu lassen, da schon rein äußerlich für die Vorbereitung der Tagung, für die Versendung der Einladungen, die Bestellung der Delegierten usw. dem Sekretariat sowohl wie den Regierungen eine gewisse Frist gegeben sein muß. Damit z. B. die Völkerbundversammlung gleichzeitig mit der am 8. März beginnenden nächsten Ratstagung stattfinden könnte, müßte das Eintrittsbegehren der deutschen Regierung nach Ansicht zuständiger Kreise allerspätestens in den ersten Tagen des Februar hier eingehen. In diesem Falle könnte der Rat Anfang der zweiten Februar-Woche die Einberufung der Versammlung auf ein Datum zwischen dem 3. und 15. März beschließen, indem er etwa in Paris, wo die meisten seiner Mitglieder anfällig sind oder schnell hinkommen können, zusammentritt, oder indem der Präsident, der bis zur nächsten Sitzung der italienische Delegierte Scialoja ist, sich auf schriftlichem Wege von seinen Kollegen im Rate die Genehmigung zur Einberufung der Völkerbundversammlung auf März erbittet. Sehr wahrscheinlich würde der Rat es aber vorziehen, da mit der Einberufung dieser Versammlung ja noch eine Reihe von anderen Fragen verknüpft ist, zu einer kurzen Tagung in Paris oder, eventuell mit Rücksicht auf Scialoja, auch in Genf zusammenzutreten.

Die Alternative

Falls der Antrag Deutschlands aber erst Mitte oder Ende Februar eingeht, so könnte natürlich von einer Versammlung im März kaum noch die Rede sein. Der Rat würde sich in diesem Falle mit der Frage der Einberufung einer besonderen Versammlung zur Aufnahme Deutschlands vermutlich erst im Laufe seiner Märztagung — die höchstwahrscheinlich nicht, wie in Aussicht genommen war, in Madrid, sondern in Genf stattfinden wird — beschäftigen und dann vor dem Problem stehen, ob eine besondere Tagung zur Aufnahme Deutschlands für Mai oder Juni, eventuell im Zusammenhang mit der ordentlichen Zusammensession des Rates stattfinden soll, oder ob der Aufnahmeantrag Deutschlands bis zur Septembertagung der Völkerbundversammlung zurückzustellen wäre. Angesichts der großen Schwierigkeiten und ziemlich beträchtlichen Kosten, die eine besondere Tagung der Völkerbundversammlung immerhin verursacht, wäre alsdann die Zurückstellung des Antrages bis zum September wahrscheinlich.

Die Alternative, die sich der kommenden deutschen Regierung stellt, kann man also mit größter Wahrscheinlichkeit so zusammenfassen: entweder Aufnahmeantrag bis spätestens Anfang Februar und dann Aufnahme im März — oder Zurückstellung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und damit des Inkrafttretens der Locarno-Verträge bis zum September. Die politischen Unzuträglichkeiten, die sich aus einer Verschiebung des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund und aller seiner Folgen bis zum Herbst ergeben können, sind so klar, daß man sie kaum besonders zu betonen braucht. Wenn man also auch auf der anderen Seite durchaus zugeben kann, daß es für eine etwa Mitte Januar gebildete deutsche Regierung große Schwierigkeiten geben wird, die Abfassung des Aufnahmeantrages nach Genf als eine ihrer ersten Regierungshandlungen vorzunehmen, so müssen dennoch alle Freunde des „Geistes von Locarno" ihre ganze Energie darauf verwenden, daß diese Frage bereits bei der Bildung der neuen Regierung geklärt wird.

Bei den Verhandlungen über die Neubildung des Reichskabinetts stehen naturgemäß innerpolitische Fragen so stark im Vordergrunde, daß es vielleicht angebracht ist, darauf aufmerksam zu machen, daß es von einer der wichtigsten außenpolitischen Aufgaben der neuen Regierung nach dem Worte Virgils heißen könnte: „Pendent opera interrupta", was besagen will: Gott weiß, ob und wann dieses unterbrochene Werk noch einmal beendet werden kann!

Dr. Julius Becker.

Coudenhove in Amerika

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung"

wsch **New York**, 23. Dezember

Die Bemühungen des Grafen Coudenhove-Kalergi, in Nordamerika für die paneuropäische Union Interesse zu wecken, sind jetzt soweit gediehen, daß die Gründung einer Gesellschaft „Freunde von Paneuropa" nahe bevorsteht. Die Vereinigung soll nach ihren vorbereiteten Satzungen das Ziel haben, „den europäischen Schwesterkontingent in seinen Ringen um Einigkeit und Frieden beizustehen". Hervorragende Amerikaner haben sich für die Besetzung des Arbeitskomitees zur Verfügung gestellt. Graf Coudenhove hatte lange Unterredungen mit dem früheren Staatssekretär Hughes, mit dem Handelssekretär Hoover, Präsident Butler von der Columbia-Universität und einer ganzen Anzahl namhafter Politiker, Wirtschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Er hofft, seine Arbeiten hier so abschließen zu können, daß er am 28. Dezember mit der „Majestic" nach Europa reisen kann. Dort sind in Paris Konferenzen über die weitere Ausgestaltung der paneuropäischen Union geplant.

Die chinesischen Diadochen

Von

Erich v. Salzmann,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

* **Peking**, im Dezember

Zwanzig volle Jahre kämpften die Nachfolger des Großen Alexander untereinander um die Reichsteile, bis die Schlacht von Ipsus 301 v. Chr. eine gewisse Entscheidung brachte. Bald zehn Jahre kämpfen jetzt hier die Diadochen des Großen Yuan-Schih-kai um die Erbschaft des Reiches. Es wird wohl noch ein Jahrzehnt und mehr dauern, bis wir darüber klar sehen werden, wer der Herrscher des Reiches sein wird, denn darüber kann schon kein Zweifel mehr sein, daß das Reich selbst ebenso zusammenhalten wird wie das Deutsche Reich nach 1919. Niemals haben die Chinesen mehr betont wie heute, daß ihre inneren Kämpfe nichts anderes als ein häuslicher Familienzwist sind und daß weder die eigenen militärischen Streifzüge noch irgendeine wirtschaftliche Maßnahme die Fremden etwas angingo.

Diese Fremden, dreihunderttausend interessierte, meist dem Kaufmannsstand angehörige Ausländer, sehen mit recht geteilten Gefühlen dem Kampf der Diadochen zu. Die bis in die Vernichtung zerfetzende politische Propaganda hat sie alle in die Ecke gedrückt, Diplomaten und Kaufleute, Journalisten und Professoren. Hier wagt kaum noch ein Engländer das chinesische Kind beim Namen zu rufen und festzustellen, daß es höchst unartig ist und daß es die ihm seit Jahrtausenden anerzogenen äußerlichen guten Sitten vollkommen fallen gelassen habe. China hat zwar noch großmütig eingewilligt, sich mit den Fremden in einer Konferenz zu unterhalten. Seine Delegierten, teils getrieben und teils aus Furcht vor ihrer eigenen Propaganda, können aber nicht anders, als höchst radikale Forderungen aufzustellen, denen die Mächte nachgeben, wenn auch teilweise in verkappter Form, wie wir im Falle Amerika, ihre eigene, mit Bezug auf China, optimistisch aufgestachelte öffentliche Meinung nicht zu stark desavouieren zu müssen.

Hier in Peking weiß heute jeder Fremde, daß der amerikanische Gesandte Mac Murray über das politisch aktive Benehmen seiner eigenen Missionare, die nach Tausenden zählen, täglich die Hände ringt. Er darf aber nichts sagen. Hier in Peking weiß jeder Fremde, daß der amerikanische Hauptdelegierte Mr. Strawn täglich ebenso die Hände ringt über die Mr. Horn, Verschleppungsmethoden und Propagandalüglichkeit der chinesischen Konferenzdelegierten. Er kann aber nichts sagen. Beide Ehrbedürftige sitzen in dem von ihnen selbst seit Jahrzehnten gewobenem Spinnennetz fest und müssen nun die chinesische Suppe, die sie sich eingebrockt haben, auslöffeln.

Unterdessen kümmern sich die Marschälle im riesenhaften chinesischen Reich den Teufel um das, was die hier anwesenden Fremden oder die Heimatskabinette der hier anwesenden Delegationen zu sagen haben. Mir leben hier in der alexandrinischen Diadochenzeit gemischt mit 13. Jahrhundert englischer Geschichtsersahrung oder 17. Jahrhundert mitteleuropäischer Geschichtszeit. Dreißigjähriger Krieg. Die etwas gewagte Geschichtszusammenstellung beweist nur, daß China zwei Jahrtausende still gestanden hat und daß die Auflösung des alten Systems parallele Aeußerungen europäisch-vorderasiatischer Geschichte aus den gleichen zwei Jahrtausenden in plötzlicher und komprimierter Form hervorbringt.

Der Antigonus herrscht da neben Robin Hood, der Wallenstein neben dem chinesischen Chamberlain und Briand. Weil dem so ist, darum erscheint uns eben das chinesische Problem als so unfaßbar. Mit den letzten Mitteln europäischer Locarno-Konferenztechnik ist das unsägliche historische und völkische, internationale und wirtschaftliche Durcheinander hier überhaupt nicht zu lösen. Es wird noch viele Jahrzehnte der Entwicklung bedürfen, ehe wir China wieder klar als das sehen werden, was es heute zu sein vorgibt, weil es das sein will: ein großes, einiges China.

Unterdessen wollte Tschang-Tso-lin den Wallenstein spielen. Der Hoftriegsrat in Peking sah das mit demselben sauren Mißbehagen, wie das einst die Männer am grünen Tisch Ferdinands in Wien taten. Die Kriegsmaschine in Mukden arbeitete volle 24 Stunden täglich, um Material zu produzieren für neue Heereszüge. Die mechanische Ausstattung des an die Million Köpfe reichenden Heeres war nach asiatischen Begriffen vollendet und so überwältigend, daß der Erfolg beim Einsatz als gesichert galt. Die großen und die kleinen Schieber verteilten bereits die Beute. Um des Marschalls Hoflager war es ebenso wie in Prag und Pilsen, in Eger und Gitschin. Der Marschall war, obwohl kleiner Statur, dem Wallenstein körperlich insofern ähnlich, als er oft unter Anfällen litt.

Als er hörte, daß zwei seiner Hauptgenerale, Kuo-Sung-ling und Li-Tsching-lin, ihm den Gehorsam aufsagten, tobte er wie Wallenstein nach Regensburg. Im Zeitalter, wo China um die Ueberlassung der Jurisdiktion über die Fremden mit